

Update aus dem Bundestag – 6/2017

Bernhard Daldrup, Bundestagsabgeordneter für den Kreis Warendorf

Landtagswahl: Analyse und Neuaufstellung

Wir haben die Landtagswahl in NRW verloren und eine schwere Niederlage erlitten. Die CDU hat (mit dem zweitschlechtesten Ergebnis in der Landesgeschichte) nun den Regierungsauftrag. Für die SPD heißt es jetzt, sich neu aufzustellen, ohne in Hektik zu verfallen. In der ersten Sitzung nach der Wahl hat der Landesvorstand drei wesentliche Entscheidungen getroffen:

1. Wir gehen keine große Koalition auf Landesebene ein, sondern nehmen die Aufgaben der Opposition wahr.
2. Wir konzentrieren uns auf den Bundestagswahlkampf.
3. Wir werden in einem geordneten Prozess zeitnah die notwendigen Personalentscheidungen treffen.

Bereits am heutigen Freitag wird die Debatte im Landesvorstand fortgesetzt. Personalentscheidungen, aber auch Strukturentscheidungen stehen auf der Tagesordnung.

Ich werde heute Abend (Freitag, 19.5.) ab 19.00 in einer Versammlung für alle Mitglieder der SPD im Kreis Warendorf in der Waldmutter, Sendenhorst, berichten. Wer keine Einladung hat, aber dennoch interessiert ist, darf gerne dazukommen.

Mehr Steuereinnahmen: Spielräume sinnvoll nutzen

Nach der jüngsten Steuerschätzung der vergangenen Woche, können Länder und Kommunen im

Gegensatz zum Bund nochmals mit einem deutlich höheren Steuerplus rechnen.

Im Vergleich zur vorangegangenen November-schätzung werden die Einnahmen der Länder bis 2021 um knapp 30 Milliarden Euro steigen, die der Gemeinden um etwa 27 Milliarden Euro. Ein großer Teil dieser Mehreinnahmen kommt aus NRW – ein Zeichen guter Wirtschaftspolitik.

Dank der Förderprogramme des Bundes stehen die Städte und Gemeinden in Deutschland heute insgesamt so gut da, wie seit Jahrzehnten nicht. Die erwarteten Steuermehreinnahmen festigen diese Tendenz. Leider schließt sich die Schere zwischen finanzstarken und finanzschwachen Kommunen dennoch kaum. Das liegt auch daran, dass die kommunale Ebene regelmäßig mit neuen Aufgaben belastet wird, die von Bund und Ländern beschlossen werden, ohne dass die Kosten angemessen finanziell kompensiert würden.

Nach dem Bund müssen die Länder ihre neu gewonnenen Spielräume darum nutzen, um finanzschwache Kommunen gezielt bei der Konsolidierung zu unterstützen. Zugleich dürfen wir uns nicht auf den Rekord-Einnahmen ausruhen, sondern müssen unsere Städte und Gemeinden auch dauerhaft besser ausstatten. Nur so können wir unserem Verfassungsauftrag zur Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse nachkommen.

Bund-Länder-Finanzbeziehungen: Vor dem Abschluss

Die Zukunft der Bund-Länder-Finanzbeziehungen ist zwischen den Fraktionen verhandelt, aber noch

keineswegs beschlossen. Zahlreiche Grundgesetzänderungen gehen mit diesem Reformwerk einher: Das unsinnige Kooperationsverbot zwischen Bund und Kommunen in der Bildung wird teilweise aufgehoben, massive Investitionen in die Bildungsinfrastruktur in Höhe von 3,5 Milliarden Euro umgesetzt, der Unterhaltsvorschuss verbessert und vor allem werden die Länder ab 2020 vom Bund jährlich rund 9,7 Milliarden Euro jährlich (aufwachsend) zusätzlich erhalten.

Streitpunkt bis zuletzt ist die Gründung einer Infrastrukturgesellschaft, weil befürchtet wird, dass die Bundesautobahnen, ihr Bau, Unterhaltung und Betrieb privatisiert würden. Dies aber hat die SPD verhindert und eine Reihe Schranken eingezogen, die besser vor der Privatisierung schützen als der heutige Zustand. Sofern die Fraktionen dem jetzt ausgehandelten Paket zustimmen, wird es der Bundestag zum Ende der kommenden Sitzungswoche beschließen.

Das Thema ist zu komplex, um in einem Update dargestellt zu werden. Ich stelle Euch in Kürze in einem besonderen Schreiben die Kernpunkte der Reform vor.

Bundeswehr braucht klare Orientierung, keine Verunsicherung

Es ist unfassbar, dass in der Bundeswehr eine rechtsextreme Terrorzelle entstehen konnte, die Munition stiehlt und Politikern ermorden will. Notwendig ist jetzt eine lückenlose Aufklärung der Vorgänge um den Offizier Franco A.

Es ist befremdlich, wenn die Bundesverteidigungsministerin Ursula von der Leyen als Reaktion darauf die Schuld auf die Soldatinnen und Soldaten in der Bundeswehr abwälzt. Ich bin der Meinung: Es dürfen nicht alle Soldatinnen und Soldaten wegen der Vergehen Einzelner in Mithaftung genommen werden. Denn die übergroße Mehrheit von ihnen leistet einen hervorragenden Job und ist verfassungstreu. Von der Leyen hat es wie ihre Unions-Vorgänger versäumt, der Bundeswehr bei der Transformation von einer Wehrpflichtigen-Armee zu einer Berufsarmee eine klare Orientierung zu geben. Ein großer Fehler, der jetzt offenkundig zu Tage tritt.

Die Verteidigungsminister der Union haben in den letzten Jahren bei der Reform der Bundeswehr versagt. Sie alle haben mehr Baustellen hinterlassen, als sie zu Beginn ihrer Amtszeiten vorgefunden hatten. Um extremistische Aktivitäten in der Truppe im Keim zu ersticken, sind mehr politische Bildung, schnellere Meldekette und eine längst überfällige Überarbeitung des Traditionserlasses

notwendig. Dies ist nun von der Verteidigungsministerin rasch in die Wege zu leiten, ohne die Soldatinnen und Soldaten weiter zu verunsichern.

Eine klare Ansage erwarte ich von der Bundeskanzlerin, wenn sie kommende Woche auf dem NATO-Gipfel auf den türkischen Präsidenten Erdoğan trifft. Die Bundeswehr ist eine Parlamentsarmee. Die Weigerung der türkischen Regierung, deutschen Bundestagsabgeordneten den Zutritt zu den in Incirlik stationierten Soldatinnen und Soldaten zu gewähren, ist daher nicht hinnehmbar. Unter diesen Voraussetzungen kann die Bundeswehr nicht in Incirlik bleiben.

Gemessen an der Kritik, die vonseiten der Union an NRW-Innenminister Jäger im Fall Amri laut wurde (und die angesichts des Verhaltens des LKA Berlin immer unbegründeter erscheint), müsste die CDU im Falle des Bundeswehroffiziers, der sich als Asylbewerber ausgegeben hat, längst den Rücktritt von Innenminister de Maizière fordern.

Rechtsdurchsetzung in sozialen Netzwerken verbessern

Das Recht auf Meinungsfreiheit ist in einer Demokratie ein hohes, schützenswertes Gut. Aber: Die Meinungsfreiheit endet, wo strafbare Hetze oder Verleumdung beginnt. Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf sollen strafbare Falschmeldungen, Hetze und Hassreden gezielt bekämpft werden.



Vorgesehen sind eine gesetzliche Berichtspflicht für soziale Netzwerke über den Umgang mit Hasskriminalität und anderen strafbaren Inhalten, ein wirksames Beschwerdemanagement sowie die Benennung eines inländischen Zustellungsbevollmächtigten. Verstöße gegen diese Pflichten können mit Bußgeldern gegen das Unternehmen und die Aufsichtspflichtigen geahndet werden. Im weiteren parlamentarischen Verfahren ist für die SPD-Fraktion entscheidend, den Anspruch auf Auskunft über Bestandsdaten auf schwere Persönlichkeitsrechtsverletzungen zu begrenzen und mit einem Richtervorbehalt zu versehen.

Kommunalpolitisches Spitzengespräch

Zum kommunalpolitischen Spitzengespräch traf sich die Spitze der SPD-Bundestagsfraktion mit den Präsidenten und Hauptgeschäftsführern der Kommunalen Spitzenverbände am Mittwoch in Berlin. Zu der Gesprächsrunde lädt Fraktionsvorsitzender Thomas Oppermann die Kommunalverbände einmal im Jahr ein, um politische Themen zu erörtern.



Mit den Präsidentinnen und Präsidenten der kommunalen Spitzenverbände sowie Vertretern der SPD-Fraktionsspitze am 17.5.2017 im Deutschen Bundestag.

Es ging unter anderem um die Reform der Bundesländer-Finanzbeziehungen, die zukünftige Förderung strukturschwacher Regionen und die Modernisierung der Grundsteuer. Dabei betonte die Präsidentin des Deutschen Städtetags Eva Lohse, es habe noch keine Bundesregierung gegeben, die so kommunalfreundliche Politik gemacht habe, wie die bestehende. Die Vertreter der SPD-Bundestagsfraktion versicherten, dass sie auch weiterhin als Anwalt der Kommunen in der Bundespolitik handeln werden.

Berufsbildungsbericht 2017

Der Berufsbildungsbericht 2017, den wir diese Woche im Plenum debattiert haben, zeigt, dass die Ausbildungsbereitschaft vieler Firmen zurückgeht. Nur noch jeder fünfte Betrieb bildet überhaupt aus. Insgesamt wurden 520.300 Ausbildungsverträge geschlossen – im Jahr 2006 waren es noch 576.000. Zudem besteht weiterhin ein sogenanntes „Passungsproblem“: In bestimmten Regionen und Berufen bleiben viele Stellen unbesetzt. Zum Stichtag am 30. September waren 43.500 Ausbildungsplätze nicht vergeben. Zugleich konnten 20.600 Jugendliche keinen passenden Ausbildungsplatz finden. Nur jeder zweite schafft den direkten Sprung von der Schule in die Ausbildung.

Geldwäsche und Terrorfinanzierung bekämpfen

Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf wird die Vierte EU-Geldwäscherichtlinie in nationales

Recht umgesetzt werden. Ziel ist, mit schlagkräftigen Instrumenten den Kampf gegen Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung zu intensivieren.

Vorgesehen ist unter anderem die Schaffung eines zentralen, elektronischen Transparenzregisters. Aus diesem lassen sich Angaben zu den wirtschaftlich Berechtigten von Unternehmen ersehen. So wird die Transparenz erhöht und der Missbrauch von Gesellschaften und Trusts zu Zwecken der Geldwäsche, Steuerbetrug und Terrorismusfinanzierung erschwert. Dabei wurde darauf geachtet, dass der Bürokratieaufwand für die Unternehmen möglichst gering bleibt, indem auch auf vorhandene Informationen zu Beteiligungen aus den bestehenden Registern wie dem Handelsregister zurückgegriffen werden soll.

Eine Welt vor Ort – Entwicklungspolitik beginnt in den Kommunen

Am Mittwoch habe ich als kommunalpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion gemeinsam mit der AG Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung eine Veranstaltung zur Entwicklungspolitik organisiert. Dabei wurde deutlich, dass viele Kommunen bereits einen wichtigen Beitrag zur Entwicklungspolitik leisten. Es gibt vier unterschiedliche Themenfelder, in denen sich Kommunen engagieren: Global nachhaltige Kommunen, Migration und Entwicklung auf kommunaler Ebene, fairer Handel und Beschaffung sowie kommunale Partnerschaften und internationale entwicklungspolitische Kommunalbeziehungen.

Neben der Vorstellung von Projekten aus Bremen und Mannheim, hat auch die Präsidentin der Welt hungerhilfe und ehemalige Oberbürgermeisterin aus Bonn, Bärbel Dieckmann, eine Rede gehalten und die besondere Rolle von kommunalen Partnerschaften und dem daraus entstehenden Know-how-Transfer hervorgehoben.

Kommunale Entwicklungszusammenarbeit ist eine freiwillige Leistung. Um dafür Spielraum zu haben, müssen die Kommunen über eine finanzielle Grundausstattung verfügen, die ein solches Engagement möglich macht. Das ist ein Punkt, an dem wir als SPD-Bundestagsfraktion in dieser Legislaturperiode bereits intensiv gearbeitet haben. Wir haben mit unserem Koalitionspartner eine Reihe von Entlastungen für die Kommunen beschlossen, die in der Vergangenheit ihresgleichen sucht. Mit Entlastungen in Höhe von rund 60 Milliarden Euro sind wir die kommunalfreundlichste Regierung der letzten Jahrzehnte.

Kommunale Entwicklungspolitik im Kreis Warendorf? Würde Euch ein solches Thema interessieren? Wir könnten eine Veranstaltung organisieren. Bei Interesse bitte melden.